

Auszug aus der Niederschrift über die 02. Sitzung der Bürgerschaft am 20.03.2025

Zu TOP: 9.6

Stärkung der Mobbing-Prävention an Schulen

Einreicher: AfD-Fraktion

Vorlage: AN 0023/2025

Frau Graf begründet den Antrag AN 0023/2025 und wirbt um Zustimmung, sodass eine nachhaltige Strategie entwickelt werden könne. Mobbing dürfe nicht akzeptiert werden.

Frau von Allwörden verweist für die Fraktion CDU/FDP auf die Zuständigkeit des Landes. Zudem gebe es Angebote diverser Träger zur Problematik Mobbing.

Frau von Allwörden berichtet, dass aus vielen Teilen der Gesellschaft Themen herangetragen werden, welche die Schulen in ihren Angeboten aufgreifen sollen. Das Grundanliegen sei nachvollziehbar. Gleichwohl gehe der Tenor der Debatten des Landesparlamentes dahin, den Fokus auf sog. Kernfächer, z.B. Deutsch, Mathematik oder Sprachen, zu richten. Die Bemühungen gingen dahin, mehr Unterrichtsstunden in diesen Fächern zu ermöglichen. Dem Antrag werde daher nicht gefolgt.

Herr Haack bestätigt für die Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit die Nichtzuständigkeit der Hansestadt Stralsund. Die Verwaltung müsse dahingehend vor Mehrarbeit geschützt werden.

Frau Kindler weist auf ein bestehendes Konzept des Landkreises, ausgehend vom Jugendhilfeausschuss des Kreistages V-R, hin, welches sich in der Umsetzung befinde. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei werde den Antrag daher ablehnen.

Frau Kühl bestätigt, dass Konzepte gegen Mobbing an den Schulen existieren. Sie appelliert zudem an die vorrangige Verantwortung der Eltern. Der Antrag sei aus ihrer Sicht überflüssig. Die Fraktion DIE LINKE. werde diesem nicht zustimmen.

Herr Schilke stellt klar, dass Mobbing ein wichtiges Thema sei. Die Bürgerschaft sollte im Interesse der Kinder Verantwortung übernehmen.

Der Präsident stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht und lässt über den Antrag AN 0023/2025 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit Schulen, Schulsozialarbeiter und weiteren relevanten Akteuren ein umfassendes Konzept zur Mobbing-Prävention an Schulen zu erarbeiten und umzusetzen.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 03.04.2025